

VON IRIS HILBERTH

Wenn Stefan Schelle, der Bürgermeister von Oberhaching, sich eine kleine Auszeit nimmt, geht er gerne auf die Jagd. „Dann bin ich im Wald und schaue Bäume an“, sagt er. Oder er entspannt sich beim Blasmusikspielen. „Ich sitze in der letzten Reihe mit der Tuba und einer Halben Bier. Und keiner will was von mir.“ Amtskollege Wolfgang Panzer aus Unterhaching rollt vor dem Dienst morgens in seinem Keller die Yoga-Matte aus. Ganz alleine, wenn seine Familie aus dem Haus ist. Unterschleißheims Rathauschef Christoph Böck joggt regelmäßig um den Hollerner See, in einem Tempo, bei dem ihn keiner anspricht. Und Pullachs Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund bekommt den Kopf frei, wenn sie im Garten werkelt oder Rad fährt. Sie alle sagen, dass sie ihr Amt mit Leidenschaft, mit „Herzblut“ ausüben und dass das „kein normaler Job“ sei, wie Tausendfreund es formuliert. Sie wissen auch, dass sie Pausen brauchen. „Man muss lernen, sich Freiräume zu schaffen“, sagt Böck.

Vor einigen Tagen hat Aschheims Bürgermeister Thomas Glashäuser öffentlich bekannt gegeben, dass er seine Amtsgeschäfte vorübergehend ruhen lässt, da bei ihm ein Burn-out diagnostiziert wurde. Die Amtskollegen wollen, wenn sie über die gestiegenen Anforderungen, die Belastungen, den zeitlichen Aufwand und Druck in ihrem Amt reden, dies nicht in Bezug auf Glashäuser verstanden wissen. Schließlich handelt es sich um eine sehr ernste Erkrankung. Doch Glashäuser selbst hatte in seiner Erklärung auch zugegeben, sich „so gut wie keine Auszeit bzw. Urlaub gegönnt“ zu haben. Er sei der Meinung gewesen, dass „die mit dem Amt des Ersten Bürgermeisters verbundenen Verpflichtungen dies nicht erlauben“. Doch habe ihn dies leider an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gebracht und seine Gesundheit sehr stark belastet.

Der Rat: Ein dickes Fell, auch mal nein sagen und nichts persönlich nehmen

Wenn die Büroleitung eines Bürgermeisters durch den Terminkalender blättert, um in nächster Zeit noch eine Lücke zu finden, dann hört man sie häufig seufzen. In den nächsten Tagen geht oft gar nichts. Sitzungen, Besprechungen, Konferenzen. Gemeinderat, Zweckverband, Bürgerversammlung, Vereinsjubiläen, Krisenstab, Spatenstich, Kreistag – eine Terminflut. „Man hat keinen Acht-Stunden-Tag“, sagt Böck. „Es ist ein Hamsterrad. Du bist Wahlbeamter und der Gemeindeglieder fordert sein Recht ein“, bestätigt Panzer. Man habe als Chef der Verwaltung wie jeder Arbeitnehmer 40 Stunden im Büro. „Doch dann bist du noch 24 Stunden, sieben Tage die Woche Bürgermeister.“ Nicht nur die Entscheidungsprozesse mit dem Gemeinderat, den gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen, Verbänden und Betrieben seien zu steuern, betont Tausendfreund. „Bürgermeisterin zu sein heißt auch, eine Behörde zu leiten und Chefin von – in meinem Fall 125 – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sein. Das ist vergleichbar mit einem mittelständischen Unternehmen.“

Nun wird aber keiner plötzlich Bürgermeister und wundert sich dann über die vielen Aufgaben und die hohen Anforderungen. „Es ist jedem von uns bewusst, wenn er ins Amt kommt: Das ist kein Beruf, das ist eine Berufung“, sagt der Sozialdemokrat Böck. „Als Bürgermeister kandidierst du mit Enthusiasmus und mit Hingabe, weil du deine Heimatgemeinde sinnvoll entwickeln willst“, ergänzt sein Berufskollege Panzer. Auch die Grüne Tausendfreund bestätigt: „Mir war von vorne herein bewusst, dass die Tätigkeit als Bürgermeisterin sehr anspruchsvoll und mit vielen Verpflichtungen verbunden ist. Auf die Uhr schauen darf man nicht.“ Stefan Schelle, der Christsoziale, sieht das so: „Natürlich ist brutal viel. Wenn mich Kinder fragen, ob ich das gerne mache, sage ich, dass man bei der Berufswahl aufpassen muss.“ Für ihn ist es eine „Typfrage“. Man bekomme alle halbe Stunde ein anderes Thema auf den Tisch. Und es muss einem klar sein, dass man ei-

Haar reduziert Wärme und Licht

Haar – Haar spart Energie. Und die Gemeinde lässt dabei nichts aus. So achten die Arbeiter am Bauhof in Ottendichl darauf, dass auch jeder die Tür hinter sich zumacht, der das Gebäude betritt. Die Außenbeleuchtung am Rathaus wird aufs Notwendige heruntergeregelt, dennoch werde weiterhin jeder den Weg zu dem hinter dem Gebäude stehenden neuen Ausweisautomaten finden, versichert Bürgermeister Andreas Bukowski (CSU). Dass die Temperatur in den Büros im Rathaus auf 19 Grad gesenkt werden soll, sieht Bukowski allerdings etwas kritisch – das sei zu kühl. Erste Klagen von Bürgern, denen das Wasser in den Hallenbädern zu kalt sei, hätten das Rathaus erreicht, sagte Bukowski im Gemeinderat. Zwei Grad weniger brächten aber 25 Prozent Energieeinsparung, verteidigte er die Maßnahme. Wo möglich, werden noch Lampen und Laternen auf LED umgestellt. Die Bücherei an der Leibstraße reduziert ihre Außenbeleuchtung, sonntags bleibt es dort dunkel. Viel passiert ist im Sportpark. Und die Baseballer und die TSV-Sportler haben Buchungszeiten in der Sporthalle im Jagdfeld so umgeschichtet, dass diese am Wochenende nicht beheizt werden muss. **BELO**



Die Bürgermeisterkette steht für Würde und Bürde des Amtes, das ihren Träger voll in Beschlag nimmt.

FOTO: NIELS P. JOERGENSEN

Im Hamsterrad

Der Burn-out von Aschheims Rathauschef

richtet die Aufmerksamkeit auf die Anforderungen, denen die Wahlbeamten ausgesetzt sind. Vier von ihnen erklären, wie sie Grenzen setzen und sich Auszeiten schaffen



Wolfgang Panzer
Unterhaching



Susanna Tausendfreund
Pullach



Christoph Böck
Unterschleißheim

ne Person des öffentlichen Lebens ist. „Das macht mir nichts aus“, sagt Schelle. „Es dürfe nicht als Belastung empfunden werden.“ Wenn ich im Biergarten sitze, reden mich die Leute an.“ Das muss man mögen.

„Wenn ich zur Tür rausgehe, bin ich Bürgermeister“, weiß Panzer. Das können nette Begegnungen sein, das kann aber auch

anstrengend sein und manchmal ist es einfach zu viel. „Man kann nicht den Ehrgeiz haben, überall hinzukommen. Man muss auch mal nein sagen“, so der Unterhachinger Rathauschef. Nach einer gewissen Zeit lerne man das, sagt sein Unterschleißheimer Kollege Böck. Grenzen ziehen, nennt er das. Es gebe in seinem Kalender Einträge, da steht: keine Termine. Mache

Aschheim – Aus den großen Plänen wird erst einmal nichts, im Gewerbegebiet Dornach in der Gemeinde Aschheim großflächig einen modernen Büro-Campus zu errichten. Der Investor, der Projektentwickler Development Partner aus Düsseldorf, hat seine Bauanträge nach jahrelanger Vorarbeit nun zurückgezogen, wie das Rathaus bestätigt. Wegen seines Umfangs ist das Bauprojekt im Gemeinderat Gegenstand vieler Debatten gewesen.

Der Düsseldorf Projektentwickler Development Partner, eine Tochter der Gateway Real Estate AG, hatte geplant, eine nach eigenen Angaben „zukunftsweisende Büroarbeitswelt“ für bis zu 3400 Beschäftigte zu errichten. Unter dem Namen „Campus Park München“ sollten bis 2025 fünf Bürogebäude, gruppiert um eine Grünfläche mit kleinem See sowie ein mächtiges Parkhaus entstehen. Dafür hatte man 2019 ein knapp 39 000 Quadratmeter großes, unbebautes Areal umweit der S-Bahnstation Riem erworben.

Mit den geplanten 57 000 Quadratmetern Geschossfläche an Büros, ergänzt um Kinderbetreuungseinrichtungen und Gastronomie, sah der Investor eine lohnende Chance auf dem damals boomenden Markt für Büroimmobilien in Mün-

chen. Aber die Nachfragesituation habe sich in den vergangenen Monaten unter anderem mit der Corona-Pandemie deutlich verändert, sagt Unternehmenssprecher Matthias Euler-Rolle. Man wolle keine Büros errichten, die dann leer stehen. Daher stelle man alles auf den Prüfstand. Das Projekt sei nicht gestorben, sagt Euler-Rolle, sondern lediglich gestoppt.

In Aschheim war das Projekt umstritten. Aufgrund der Dimension hatten sich insbesondere die Freien Wähler und die Grüne Sabine Maier gegen den Büro-Campus ausgesprochen. Die Verkehrsanbindung ließ immer wieder Diskussionen aufkommen. Im Gewerbegebiet gibt es schon jetzt Probleme mit parkenden Autos. Zudem hieß es, das Bauvorhaben werde der Gemeinde keinen Mehrwert bringen, da sich vor allem Firmen einmieten würden, die ihren Hauptsitz andersorts haben und der Kommune somit keine Gewerbesteuererträge brächten.

Mit knappen Mehrheiten war die Gemeinde jedoch den Anliegen des Investors nachgegeben und hatte die baulichen Voraussetzungen für das Projekt geschaffen. Diese behalten ihre Gültigkeit. Das Projekt aber liegt erst einmal auf Eis. **IRMENGARD GNAU**

Campus-Pläne gestoppt

Investor rückt von Büroprojekt für 3400 Beschäftigte ab

man das nicht, würden die Lücken mit Terminen ausgefüllt. In einer so großen Stadt wie Unterschleißheim gehe das nicht anders.

Es ist aber nicht allein die Vielzahl an Terminen und Verpflichtungen, die manchen Bürgermeister an seine Belastungsgrenze bringt, die Aufgaben, die durch die Flüchtlingsunterbringung und Corona-

Pandemie noch zugenommen haben. Es gibt auch immer mehr gesetzliche Anforderungen oder auch haftungsrechtliche Gefahren und mögliche strafrechtliche Konsequenzen für Rathauschefs oder die jeweils zuständigen Mitarbeiter. Schelle sagt: „Bei allem Engagement muss man sich klarmachen: Du bist nicht für alles verantwortlich. Ich bin nicht der König. Es ist eine gemeinschaftliche Verantwortung, ich bin der Moderator. Es gibt auch Dinge, die kann man nicht ändern.“

Es ist für ihn immer eine Frage vom Umgang miteinander. Und da genau liegt für einen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin mitunter die Schwierigkeit, gelassen und besonnen zu bleiben. Die gestiegene Erwartung der Bürger an den Rathauschef, der ihr Problemlöser im Minutentakt sein soll und jede Mail sofort beantworten muss. Die Vehemenz, mit der diese Forderungen an ihn herangetragen werden. Schlechte Stimmung im Gemeinderat, manchmal sogar Drohungen machen das Amt zu einer großen Herausforderung. In einer Umfrage des Meinungsinstituts Forsa im April 2021 im Auftrag der Körber-Stiftung zu Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen bezeichneten 21 Prozent der Befragten den Zeitaufwand, die Arbeitsbelastung und die Vereinbarkeit von Amt und Familie als größte Herausforderung. Fast ebenso viele, nämlich 20 Prozent, gaben Egoismus, Anspruchsdenken und Unzufriedenheit der Bürger an. 39 Prozent wurden schon durch E-Mails, Briefe oder Faxe beleidigt oder bedroht, 35 Prozent in sozialen Netzwerken und 35 Prozent in direkter Begegnung.

„Der Bürgermeister ist kein Fußabstreifer“, sagt Oberhachings Stefan Schelle

„Als Bürgermeister bist du ganz vorne, nah an der Basis. Du bist vor Ort der Vertreter aller Ebenen, du verkörperst den Staat“, sagt Wolfgang Panzer. Als Bürgermeister werde man ständig beobachtet, nicht nur, was man sagt, sondern auch wie man es sagt. „Früher hat man am Stammtisch über dich geredet. Jetzt gibt es die sozialen Medien, also virtuelle Stammtische. Es ist für immer im Internet und ich kann es nicht zurückholen.“ Dabei habe sich der Umgang miteinander geändert, „die Leute sind weniger empathisch geworden, die Forderungen höher.“ Tausendfreund will da ebenfalls nichts schönreden: „In Pullach geht es ja gelegentlich auch turbulent zu und mit Vorwürfen und Angriffen wird dabei nicht gerade sparsam umgegangen.“ Sie findet: „Hier hilft nur ein dickes Fell.“ Dabei profitiere sie von ihrer früheren Tätigkeit als Landtagsabgeordnete. „Und ich nehme nichts persönlich.“ Auch Böck betont: „Man darf nicht alles, nicht jede Kritik an sein Innerstes heranzulassen. Das ist ein Schutz für die Seele.“ Dabei helfe auch der Austausch mit den Kollegen. „Sie sind in der gleichen Situation, wir lernen voneinander“, sagt Böck. Mit anderen Personen darüber zu sprechen, sei schwierig.

Daher hat man im schwäbischen Landkreis Rems-Murr Ende vergangenen Jahres eine Anlaufstelle für Bürgermeister geschaffen, bei der sie niederschwellig und anonym psychologische Hilfe bekommen. „Mir ist das Thema persönlich sehr wichtig, weil wir zwei Fälle von konkreter Überforderung in meinen Kreis hatten“, sagt der dortige Landrat Richard Sigel. Schließlich sei es schwierig zuzugeben: Mir geht es richtig schlecht. Er weiß, dass das Angebot angenommen werde und zwei Nachbarkeise nun ebenfalls eine solche Vermittlung von Beratung anbieten.

Bedenklich findet Pullachs Rathauschefin Susanna Tausendfreund vor allem, dass es in Sachen Anfeindungen oder Unterstellungen offensichtlich immer weniger Grenzen gebe und auch Mitarbeiter der Gemeinde Ziel von Angriffen würden. „So etwas dürfen wir nicht hinnehmen, das gebietet für mich bereits die Fürsorgepflicht gegenüber meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, sagt sie. Ein Patentrezept gebe es nicht, sagt Schelle, hat aber eine Botschaft an die Bürger und den Gemeinderat: „Geht einfach sorgsam miteinander um. Der Bürgermeister ist kein Fußabstreifer.“

Neues Raumkonzept

Grundschule Neuhoferloh wird für Ganztagsklassen ertüchtigt

Grasbrunn – Die Grundschule Neuhoferloh soll umgebaut werden. So hat es der Grasbrunner Gemeinderat diese Woche einstimmig beschlossen. Vorgesehen ist ein komplett neues Raumkonzept. Eine Planungsgruppe, der Vertreter aus der Verwaltung, der Grundschule, der Kinderwelt, der Küche, der Mittagsbetreuung sowie aller Gemeinderatsfraktionen angehören, soll nun Ideen für die konkrete Gestaltung entwickeln.

Geplant ist unter anderem der Umbau der Küche der benachbarten Kindertagesstätte. Diese befindet sich derzeit unter dem Dach der Einrichtung und ist damit der Hitze im Sommer ausgesetzt. Künftig soll die Küche im Untergeschoss eines neuen Gebäudes untergebracht werden. Außerdem soll dort nicht mehr nur für die Kinder der Kinderwelt, sondern auch für die Schulkinder sowie die Kinder der Mittagsbetreuung gekocht werden. Übernächst werden sollen zudem die Räume der Mittagsbetreuung. Auch eine neue Werkstatt plus Garage für Geräte ist im Gespräch. Der Pausenhof soll schließlich naturnaher und interessanter gestaltet werden.

„Es handelt sich um ein langfristiges Vorhaben“, sagt Bürgermeister Klaus

Korneder (SPD). Die Grundschule biete aktuell genug Platz für alle Schüler, sodass keine Eile geboten sei. Derzeit sind 272 Schüler an der Schule, die Platz für 400 bis 448 Kinder bietet. Durch die Umgestaltung will die Gemeinde künftig besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern eingehen können. „Einige wollen ihre Kinder sicher bis 16 Uhr untergebracht wissen, andere wünschen sich eine gewisse Flexibilität, sodass sie ihre Kinder an einigen Tagen früher, an anderen später abholen können“, sagt Korneder. Für letzteres biete sich eine offene Ganztagsbetreuung mit freiwilligem Nachmittagsunterricht an.

Geplant ist längerfristig aber auch ein Ganztagszug, also eine Ganztagsklasse pro Jahrgangsstufe. „Schon als die neue Turnhalle gebaut wurde, kam die Idee auf, die alte Turnhalle für die Ganztagsbetreuung umzubauen“, sagt Bürgermeister Korneder. Die Fläche sei somit vorhanden. Auch ein unterirdischer Durchgang von der Schule zur alten Turnhalle sei geplant. Zur Finanzierung sollen bereits erste Mittel in den Haushalt 2023 eingestellt werden. Mit welcher staatlichen Förderung gerechnet werden kann, ist noch offen. **LYDIA WÜNSCH**

Stadt will an der Qualität sparen

Unterschleißheim diskutiert über Abstriche bei Wohnbauprojekt

Unterschleißheim – Auch das finanziell potente Unterschleißheim kommt durch die vielen Krisen unter Druck. Das kann man vielleicht auch bald sehen. Denn im Rathaus wird fieberhaft darüber nachgedacht, wie erhebliche Mehrkosten beim kommunalen Wohnbauprojekt an der Ecke Südliche Ingolstädter Straße und Kiebitzstraße aufgefangen werden können. Im Raum stehen Abstriche bei der Gestaltung und bei der ökologischen Qualität. Statt Schiebefensterläden, die ein zentrales gestalterisches Element an dem Gebäude sind, könnte es Kunststoff-Rollläden geben. Und statt Fenster aus Holz und Alu auch Kunststofffenster. Doch Grüne und SPD zögern.

Die Stadt Unterschleißheim kann sich normal Qualität bei eigenen Bauvorhaben leisten. So haben sich hohe Standards beim Bauen eingestellt, bei denen man auf Gestaltung, Nachhaltigkeit und die Möglichkeit achtet, verwendete Baustoffe später gut recyceln zu können. Kunststoff ist da eher verpönt. Bei Fenstern setzt man auf Holz und gut wiederverwertbares Aluminium. Doch nun verlangt bei dem Vorhaben an der Kiebitzstraße, wo 13 Wohnungen mit Hilfe des Kommunalwohnbauförderprogramms des Freistaats entstehen, der günstigste Anbieter schon 2,2 Millionen Euro nur für die Baumeisterarbeiten. Das sind Mehrkosten von 616 000 Euro. Der Puffer für das sechs Millionen Euro teure Gesamtprojekt in Höhe von 50 000 Euro wäre damit aufgebraucht.

Die CSU im Stadtrat setzt auf die Kostenbremse. Fraktionschef Stefan Krimmer sagte zu den Einsparvorschlägen der Verwaltung, man würde sie „alesamt unterstützen“. SPD-Fraktionschef Thomas Breitenstein bemängelte, die Vorschläge zu Fensterläden und Fenstern beeinträchtigen die Architektur. Das werde eine „langweilige Fassade“. Auch ökologisch sei das relevant. Die Stadt habe Vorbildfunktion. Das Einsparpotenzial sei überschaubar, so Breitenstein, er frage, was es für die Zukunft des ökologischen Bauens bedeute, wenn die Stadt jetzt schon einknicke. Ohne Zuschüsse abzuziehen, geht es um 77 000 Euro. Nun soll im Bauausschuss im Oktober noch einmal verhandelt werden. **BERNHARD LOHR**

Petition gegen Kiesabbau

Hohenbrunn – Eine Hohenbrunner Bürgerin geht jetzt aktiv gegen den geplanten Kiesabbau in der Nachbargemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn und die möglichen Auswirkungen auf ihre eigene Kommune vor: Erika Hoffmann, die in der Luipoldsiedlung wohnt, hat mit der von ihr ins Leben gerufenen „Bürgerinitiative zum Schutz von Menschenleben und Natur“ eine Petition beim Umweltausschuss des bayerischen Landtags eingereicht. Darin fordert sie, dem geplanten Kiesabbau keine Genehmigung zu erteilen beziehungsweise eine bereits erteilte Genehmigung rückgängig zu machen.

Hoffmann begründet ihre Petition vor allem mit den Gefahren für Hohenbrunner SchuldKinder durch den zu erwartenden zusätzlichen Schwerlastverkehr, aber auch mit dem damit verbundenen Verkehrslärm. Der Lieferverkehr – vorgesehen sind bis zu 216 Lkw-Fahrten pro Woche – soll fast ausnahmslos durch die Luipoldsiedlung und den Hohenbrunner Ortskern führen, weil die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn in einem städtebaulichen Vertrag mit dem Unternehmer ein Fahrverbot für Kieslaster durchs eigene Ortszentrum festgelegt hatte. Hohenbrunns Bürgermeister Stefan Straßmaier (CSU) unterstützt die Petition von Erika Hoffmann, vor allem wegen der schon jetzt kritischen Verkehrssituation im Dorf und auf der Luipoldstraße: Schwere Unfälle seien „praktisch vorprogrammiert“, sagte Straßmaier am Freitag. „Ich mache mir als Bürgermeister sowie als Bürger unserer Gemeinde die allergrößten Sorgen wegen des geplanten Kiesabbaus und seiner Folgen.“ Bereits im Juli hatte sich der Hohenbrunner Gemeinderat einstimmig für eine Klage gegen den Kiesabbau ausgesprochen. **STGA**

Autobahnauffahrten werden gesperrt

Garching – Wer mit dem Auto von Garching aus auf die Bundesautobahn A 9 fahren möchte, muss sich in den kommenden Tagen auf Umwege gefasst machen. Die Auffahrten Garching-Süd und Garching-Nord werden jeweils für einige Tage gesperrt. Grund dafür sind Vorbereitungen für die Sanierung der Fahrbahnen für die Autobahn GmbH des Bundes vorhat. Von 30. September bis einschließlich 4. Oktober ist zunächst die Auffahrt Garching-Süd Richtung Nürnberg nicht nutzbar, von 6. bis 10. Oktober folgt die Auffahrt Garching-Nord Richtung München; zwischen 13. und 17. Oktober ist die Auffahrt Garching-Süd Richtung München an der Reihe, von 20. bis 24. Oktober schließlich die Auffahrt Garching-Nord in Richtung Nürnberg. Wo nötig werden Umleitungen eingerichtet und ausgeschildert. **GNA**